

"Neues aus Berlin"



Newsletter von MdB Sarah Lahrkamp

Die letzte Sitzungswoche des Jahres ist vorbei! Ich gehe mit einem guten Gefühl in das neue Jahr – wir haben dieses Jahr politisch wirklich viel vorangebracht.

Ich wünsche Euch allen schöne Weihnachten, erholsame Feiertage und viel Freude bei der Lektüre des Newsletters!

Themen:

- Strompreisbremse
- Bund investiert in ÖPNV
- Reform der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages
- Engagement-Bericht der Bundesregierung
- Termin mit der Charité zur Lage der Kinderkliniken
- Kiko: Schutzkonzepte in den Kommunen
- Abendessen mit den nordischen Botschaften
- Weihnachtsgrüße



"Neues aus Berlin"

Strompreisbremse

Die Strompreise sind in den vergangenen Monaten stark gestiegen. Daher haben wir vergangene Woche die Einführung einer Strompreisbremse für private Haushalte und Unternehmen beschlossen. Sie gilt vom 1. März 2023 bis 30. April 2024 und rückwirkend auch für die Monate Januar und Februar 2023.

Haushalte sowie kleinere Unternehmen, die weniger als 30.000 Kilowattstunden Strom im Jahr verbrauchen, erhalten 80 Prozent ihres bisherigen Stromverbrauchs zu einem garantierten Bruttopreis von 40 Cent pro Kilowattstunden. Verbraucht man mehr als 80 Prozent, fällt für jede weitere Kilowattstunde der neue hohe Preis im Liefervertrag an. Unternehmen mit einem Stromverbrauch von mehr als 30.000 Kilowattstunden im Jahr erhalten 70 Prozent ihres bisherigen Stromverbrauchs zu einem garantierten Netto-Arbeitspreis von 13 Cent pro Kilowattstunde.

Zur Finanzierung der Strompreisbremse sollen die Zufallsgewinne am Strommarkt abgeschöpft werden.

Bund investiert in den ÖPNV

In der vergangenen Woche wurde die Änderung des Regionalisierungsgesetzes beschlossen.

Der Bund hat mit den Ländern vereinbart, die Regionalisierungsmittel im Jahr 2022 um eine Milliarde Euro zu erhöhen und ab dem Jahr 2023 um jährlich drei Prozent zu dynamisieren. So sollen notwendige finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt werden, damit der ÖPNV mindestens auf dem bestehenden Niveau seinen Beitrag zur Verkehrswende und bei der Erreichung der Klimaschutzziele leisten kann. Damit belaufen sich die zusätzlichen Mittel im Zeitraum 2022 bis 2031 auf rund 17,3 Milliarden Euro.

Mit den Regionalisierungsmitteln finanzieren die Bundesländer ihren Schienenpersonennahverkehr und fördern Investitionen und den Betrieb von Bussen und Straßenbahnen im übrigen öffentlichen Personennahverkehr.



"Neues aus Berlin"

Engagementbericht

Wie engagieren sich junge Menschen heutzutage? Welche Themen sind für sie wichtig? Darüber informiert der Dritte Engagementbericht der Bundesregierung vom Mai 2020, der von neun Sachverständigen aus den Politik-, Sozial- und Bildungswissenschaften verfasst wurde. Rund 1.000 Jugendliche wurden befragt. Das Ergebnis: Rund zwei Drittel der Befragten (64 Prozent) gaben an, sich in den letzten zwölf Monaten für einen gesellschaftlichen Zweck eingesetzt zu haben. Die meisten engagieren sich in Vereinen und Verbänden, etwa in Sportvereinen. 43 Prozent der Befragten lassen sich als „digital Engagierte“ beschreiben. Dies betrifft vor allem Felder wie Kultur, Freizeit, aber auch Politik und Umweltschutz.

Wie lässt sich das Engagement junger Menschen stärken? Der Bericht schlägt hier vor, eine Kategorie „digitales Engagement“ beim Deutschen Engagementpreis einzuführen, schnelles und flächendeckendes Internet für alle Regionen bereitzustellen, Förderprogramme zur Entwicklung digitaler Beteiligungstools und einen Engagementfonds zur Stärkung digitaler Angebote aufzulegen.

Mehr Transparenz der parlamentarischen Verfahren

Wir werden die Geschäftsordnung des Bundestages mit seinen Regelungen aus dem Jahr 1980 umfassend reformieren und modernisieren. In einem ersten Schritt konzentrieren wir uns auf die Transparenz und Verständlichkeit des parlamentarischen Verfahrens. Die Ausschussarbeit wird transparenter und das Parlament als Ort der Debatte gestärkt. Änderungen, die während der Corona-Pandemie temporär eingeführt wurden, sollen beibehalten werden, wie z. B. hybride oder virtuelle Ausschusssitzungen. Außerdem werden Beratungen in den Ausschüssen durch regelmäßige öffentliche Sitzungen, durch Veröffentlichung von Ausschussunterlagen im Internet und durch klare Regeln zur Benennung von Sachverständigen für öffentliche Anhörungen transparenter und für die Öffentlichkeit nachvollziehbarer. Durch Synopsen werden Änderungen in Gesetzen im parlamentarischen Verfahren zukünftig verständlicher. Des Weiteren wird die Regierungsbefragung von derzeit 60 auf 90 Minuten verlängert. Dabei nehmen künftig mindestens zwei Regierungsmitglieder teil. Mit der Modernisierung der Geschäftsordnung tragen wir dem Interesse der Öffentlichkeit an den inhaltlichen Beratungen und der Auseinandersetzung zwischen Regierung und Parlament Rechnung.



"Neues aus Berlin"

Termin mit der Charité Berlin zur aktuellen Lage der Kinderkliniken

Wir lesen es gerade in den Schlagzeilen: Die Kinderkliniken stehen derzeit vor sehr großen Herausforderungen: Es fehlt akut an Betten und Personal! Die Kliniken sind vollkommen überlastet und arbeiten im Krisenmodus. Dies habe ich daher mit meiner Fraktionskollegin Nezahat Baradari, Kinderärztin und Berichterstatterin für Kinder- und Jugendgesundheit im Gesundheitsausschuss, zum Anlass genommen, mir ein Bild der aktuellen Lage an den Kinderkliniken zu verschaffen.

In unserem Gespräch mit Prof. Dr. Mall, Ärztlicher Zentrumsleiter der Charité für Frauen, Kinder und Jugendmedizin, wurden die aktuellen Missstände mehr als deutlich: Das RS-Virus grassiert in ungeahnter Weise und zunehmend kommen noch Influenza-Fälle hinzu. So eine Welle dauere mehrere Wochen und die Kinder seien mittendrin. Kinderkliniken sind auch nicht vergleichbar mit Stationen, wo Erwachsene behandelt werden. Kinder seien viel intensiver in der Betreuung und Eltern bräuchten Erklärungen, was ihren Kindern fehle. Dafür bräuchte es mehr Zeit und vor allem mehr Personal. Der Personalmangel verstärkt sich derzeit noch zusätzlich aufgrund eines hohen Krankenstandes. Kinder warten teilweise stundenlang in den Notfallambulanzen. Es sei daher laut Prof. Mall nun notwendig, dass Krankenhäuser in den Notbetrieb gehen und planbare bzw. nicht akut notwendige Operationen verschieben und ihr Personal möglichst zeitweise an die Kinderkliniken bzw. Stationen „abtreten“.

Ebenfalls kamen kurz- und langfristige Maßnahmen zur Sprache, mit denen die Koalition die Kinderkliniken stärken will. Gesundheitsminister Lauterbach hatte Anfang Dezember angekündigt, die mit Sanktionen belegten Pflegepersonaluntergrenzen auszusetzen, um so die Verlegung von Erwachsenenpflegekräften auf Kinderstationen zu ermöglichen.

Ebenfalls werden für die Pädiatrie und Geburtshilfe für die kommenden zwei Jahre insgesamt 840 Millionen Euro im Krankenhauspflegeentlastungsgesetz zur Verfügung gestellt. Auch in der Pflegeausbildung sei unter Umständen noch einmal nachzuschärfen, damit genügend qualifiziertes Fachpersonal in den Kinderkliniken zur Verfügung steht.

Nezahat und ich sicherten unsere Unterstützung zu und appellieren daher an alle Erwachsenen – insbesondere vor den anstehenden Feiertagen und den Kindern zuliebe – stärker Rücksicht auf die dramatische Situation der kranken Kinder zu nehmen. Daher möchten wir hier um Verständnis für die Rückstellung von verschiebbaren Operationen werben: Kinder haben während der Corona-Pandemie stark zurückgesteckt. Jetzt sind sie es, die Vorrang vor den Erwachsenen haben sollten!



"Neues aus Berlin"



Foto: Janine Schmitz/Deutscher Bundestag

Kinderkommission: Kinder vor sexuellem Missbrauch besser schützen

Sexueller Kindesmissbrauch ist ein schwieriges Thema, mit dem sich die Kinderkommission vergangene Woche unter dem neuem Vorsitz beschäftigte. Auch ich hatte in diesem Zuge die Gelegenheit, mit der Unabhängigen Beauftragten für Fragen des sexuellen Kindesmissbrauchs (UBSKM), Kerstin Claus, in ihrer Funktion als Sachverständige zu sprechen. Gerade in den Kommunen kann viel dafür getan werden, um Kinder vor sexueller Gewalt und Missbrauch zu schützen.

Frau Claus tourt daher im Moment durch viele Kommunen, um entsprechende Netzwerke vor Ort aufzubauen. Denn es ist bei diesem sensiblen Thema besonders wichtig, dass Eltern, Pädagog:innen, Polizei und Verwaltung zusammengebracht werden und hier ein entsprechendes Bewusstsein geschaffen wird. Kinder können sich im Falle sexuellen Missbrauchs den Erwachsenen nicht einfach so anvertrauen. Sie haben ein besonders ausgeprägtes Schamgefühl und sie werden durch die Täter oftmals noch zusätzlich eingeschüchtert. Erwachsene müssen daher auch die Signale von Kindern verstehen lernen. Hierfür sind viele Gespräche und Fingerspitzengefühl nötig. Ich habe aus dem wichtigen Gespräch mitgenommen, dass wir an einer Infrastruktur vor Ort arbeiten müssen, die Kinderschutzkonzepte umsetzt. Dafür engagiere ich mich gerne und möchte die Kommunen ebenso dazu ermuntern, sich diesem sensiblen Thema stärker zu widmen.

Mehr Informationen zu der aktuellen Aufklärungskampagne des Familienministeriums gibt es [hier](#).



"Neues aus Berlin"



Gemeinsames Abendessen mit den Botschaftern der nordischen Botschaften

In der letzten Sitzungswoche des Jahres hatte ich auch die Gelegenheit, mich als Mitglied der Deutsch-Nordischen Parlamentariergruppe bei einem Abendtermin mit den Botschaftern der nordischen Botschaften umfassend zu den Beziehungen zwischen Deutschland und Skandinavien auszutauschen. Ich bin sehr froh, dass es im Bundestag im Rahmen dieser Gremien für uns möglich ist, uns einen schnellen Überblick über Themen zu verschaffen, die nicht in unserem originären Zuständigkeitsbereich liegen.



liebe Genossinnen und Genossen, das Jahr neigt sich dem Ende zu: Ich freue mich nun auf ein paar erholsame Weihnachtstage mit meiner Familie. Euch allen wünsche ich auf diesem Wege frohe Weihnachten, ein wundervolles und besinnliches Weihnachtsfest im Kreise Eurer lieben und erholsamen Tage "zwischen den Jahren"! Eure Sarah